

PLENUM AKTUELL

3. bis 5. März 2009
Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Missachtung des Parlaments und Arroganz der Macht

Die erste Fragestunde im neuen Landtag war diesmal ‚schwere Kost‘: Staatsminister Grüttner verweigerte Antworten und brüskierte das Parlament. So beantwortete er beispielsweise nicht die einfache Frage, wie viele Staatssekretäre in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden, sondern warf nur ‚Nebelkerzen‘. Dies ist der Versuch dem Parlament die Kontrolle über die Landesregierung zu entziehen und zeigt Arroganz der Macht. Dies werden wir CDU/FDP nicht durchgehen lassen und es im Ältestenrat thematisieren.

Zustimmung zum Konjunkturprogramm – Forderung nach mehr Gerechtigkeit

Der hessische Landtag hat die Entscheidung über das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte des Landes getroffen. Die 1,7 Milliarden Euro Landesmittel und der Hessen-Anteil am Konjunkturprogramm II des Bundes sollen vor allem Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, dem Straßenbau und kommunalen Infrastrukturmaßnahmen zu Gute kommen und so Arbeitsplätze in Bau und Handwerk sichern.

Wir stimmen dem Investitionsprogramm zu, weil es im Grundsatz richtig und notwendig ist, kritisieren allerdings die von der Landesregierung beabsichtigte Finanzierung und die ungerechte Zinsbelastung für die einzelnen Kommunen. Finanziert werden soll das über den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) und dies bringt zwei Probleme: Erstens fehlt den ärmeren Kommunen das Geld, welches vorab aus dem KFA genommen wird. Berechnungsbeispiele zeigen, dass gerade nord- und mittelhessische Landkreise, Städte und Gemeinden mit weniger Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich auskommen müssen. Zweitens wird die komplette Summe auf alle hessischen Städte und Landkreise umgelegt - ganz gleich, wie viel jede einzelne Kommune aus dem Programm bekommt. Mit einem Änderungsantrag wollten wir daher erreichen, dass die Zinsbelastung auch im Proporz zu dem erhaltenen Geld steht. Es ist für uns nicht akzeptabel, dass die finanzschwachen Kommunen überproportional an den Zinslasten zu Gunsten reicher Kommunen belastet werden. Es wäre gerechter, wenn die Kommunen, die viel bekommen auch dafür die Zinsen zahlen müssten. Des Weiteren wollten wir erreichen, dass auch Sanierungen von Trink- und Abwasseranlagen, des ÖPNV und der Breitbandverkabelung durch die Mittel abgedeckt werden. Leider fand unser Änderungsantrag jedoch keine Mehrheit.

Hessische Landesbeschäftigte nicht schlechter stellen

CDU/FDP:

Der von Koch und Bouffier beschrittene hessische Sonderweg - der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) - hat sich bislang stets zu Lasten der Bediensteten ausgewirkt. Während die Bediensteten in 14 von 16 Bundesländern durch die TdL abgesichert sind, müssen die hessischen Beschäftigten Personal- und Tarifpolitik nach Gutsherrenart ertragen.

SPD:

Die Tarifpartner in der TdL sind wieder einmal zu einem vernünftigen Verhandlungsergebnis gekommen und die Kolleginnen und Kollegen in 14 anderen Bundesländern erhalten bereits ab dem 1. März neben einem Sockelbetrag eine 3-prozentige Einkommenserhöhung und ab März 2010 eine weitere 1,2-prozentige-Erhöhung. **Nach wie vor fordern wir deshalb den Wiedereintritt in die TdL.** Unverzüglich muss es jedoch zu einem Abschluss mit den hessischen Tarifpartnern kommen, der die Ergebnisse in der TdL nicht unterschreitet. Es kann nicht sein, dass die Bediensteten des Landes Hessen wieder Monate lang darüber im Unklaren gelassen werden, ob und in welcher Höhe sie Einkommensverbesserungen erhalten.

Unglaubliche Entgleisung von Justizminister Hahn

FDP:

In der Debatte um das Nachtflugverbot auf dem Frankfurter Flughafen hat Justizminister Hahn einen Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs bewertet und beanstandet. Ein Gerichtsurteil zu kritisieren, steht einem Justizminister nicht zu!

SPD:

Mit einem dringlichen Entschließungsantrag thematisierten wir die Einflussnahme in ein laufendes Verfahren durch den Justizminister. Die vorgenommene Einmischung in das laufende Hauptsacheverfahren beim VGH Kassel ist ein unzulässiger Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit. Gerade als Justizminister müsste er mit großer Sorgfalt über die Unabhängigkeit der Gerichte wachen.

Aktuelle Stunde: „Hände weg vom ZDF, Herr Koch“

CDU:

In einem FAZ-Interview hat Ministerpräsident Koch in der vergangenen Woche den Chefredakteur des ZDF scharf angegriffen und seine Wiederwahl in Frage gestellt. Was missfällt Roland Koch an Nikolaus Brender oder an dessen Arbeit? Stimmt die Chemie zwischen Koch und dem ZDF-Chefredakteur nicht?

Nein, die Spurensuche nach den Gründen ist einfacher: „Koch will das ZDF-Studio ‚freischießen‘, um Platz für einen der CDU „willfähigeren“ Journalisten zu schaffen.

Im Hintergrund soll auch Edmund Stoiber kräftig Strippen ziehen. Er macht Brender mitverantwortlich für seine Niederlage als Kanzlerkandidat 2002 gegen Gerhard Schröder.

SPD:

In der aktuellen Stunde am Donnerstag haben wir den Angriff von Koch auf den Chefredakteur des ZDF unter der Überschrift: „Unabhängigkeit des Rundfunks sichern – Hände weg vom ZDF, Herr Koch!“ thematisiert.

Das Interview von Koch zeigt, welches Staats- und Politikverständnis Koch hat: Was ihm nicht passt, wird abgeräumt. Auf dem Mainzer Lerchenberg haben sich unterdessen 14 leitenden Redakteure offen für Brender ausgesprochen und sind sich einig, dass die „ganze Sache aus Berlin gesteuert“ ist. Offensichtlich missfalle der Union die Unabhängigkeit des 60-Jährigen, der auch SPD-Politikern, allen voran Ex-Kanzler Schröder, schon kräftig auf die Füße getreten hat. Seine Kollegen loben dagegen sein journalistisches Temperament und seine große Gedankenfreiheit. Genau damit scheint er jedoch bei den Konservativen anzuecken.

Kein Tag vergeht ohne öffentliche Solidaritätsadresse an Brender, und viele Redakteure echauffieren sich über die dreiste Einflussnahme der Politik in die Berichterstattung. Durch die Unionsmehrheit im Verwaltungsrat und den Würgegriff der konservativen Politiker Stoiber und Koch ist der unabhängige Journalismus in Person des Chefredakteurs in höchster Gefahr.

Aktuelle Stunde: Kassel-Calden – „alter Wein in neuen Schläuchen“

CDU/FDP:

Den Umstand, dass die Brüsseler Wettbewerbshüter keine Bedenken gegen den Flughafen Kassel-Calden haben, nutzen CDU/FDP für einen Jubelantrag ohne Substanz. Gleichzeitig erhoben sie wieder ihre alten Vorwürfe, im rot/grünen Koa-Vertrag wäre Kassel-Calden beerdigt worden.

SPD:

Auch wir begrüßen die Entscheidung der EU-Kommission zum Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Wir stellten in der Debatte glasklar, dass Kassel-Calden auch durch Rot/Grün ausgebaut worden wäre.

Des Weiteren verdeutlichten wir jedoch, dass für die SPD die Zukunftsfähigkeit von Nordhessen mehr ist, als der Ausbau von Kassel-Calden. Nordhessen hat enorme Potentiale im Bereich der regenerativen Energien. Die Prognosen sehen 20.000 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2020 in Hessens Norden.

Eine Information Eurer Landtagsabgeordneten:
Wolfgang Decker, Uwe Frankenberger, Ulrike Gottschalck, Brigitte Hofmeyer, Günter Rudolph